

## Editorial

### Der Umgang mit Knappheit: die richtige Richtung wählen

Gemäss Definition bedeutet «wirtschaften» der Umgang mit knapp vorhandenen Gütern. Analog zu diesem Begriff habe ich als Ständerat gelernt, dass Politik als die Wissenschaft des Umgangs mit der Knappheit der öffentlichen finanziellen Mittel bezeichnet werden kann.

Als Präsident der Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK) sehe ich mich mit den ausgewiesenen Bedürfnissen der Berufs- und Hochschulen sowie der Wissenschaft konfrontiert.

In Erwartung der Vorlage zur Botschaft über Bildung, Forschung und Technologie (BFT-Botschaft) 2004–2007 hat sich die WBK in einer intensiven Diskussion mit einer Vertretung der Rektoren der kantonalen Universitäten über die drängenden Finanzfragen unterhalten. Dabei haben uns die Rektoren aufgezeigt, wo sie selber ihre Schwerpunkte setzen wollen. Im Vordergrund steht die Verbesserung der Lehre. Als Lehrer auf der Berufsschulstufe ist mir klar, dass nur ein ausgewogenes Verhältnis von Studierenden zu Professoren einen akademischen Nachwuchs hervorbringen kann, der in der Folge unsere Wissenschaft, Volkswirtschaft und letztlich unsere Gesellschaft voranbringt. In diesem Sinne haben die Rektoren eine klare Priorität gesetzt. Ich hoffe sehr, dass wir als Bildungspolitiker im Umfeld knapper Mittel die richtigen Prioritäten setzen.

Letztlich dürfen wir nicht vergessen, dass in unserem Land seit zehn Jahren strukturelle Reformen durchgeführt werden. Weitere stehen an. Hingegen stagnieren die finanziellen Beiträge im Vergleich zu den steigenden Studierendenzahlen. Es ist wichtig, dass wir der Bildung und Forschung ihren kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Stellenwert zukommen lassen. Dies ist mit einer soliden nachhaltigen Hochschulpolitik und einer sicheren Finanzierung möglich. Bei der Vorlage zur BFT-Botschaft 2004–2007 hat das Parlament Gelegenheit, den Tatbeweis anzutreten.

*Dr. Peter Bieri, Ständerat  
Mitglied Team Future*

## ■ Eurobarometer

### 80 Prozent der Schweizer Bevölkerung unterstützen Bildung und Forschung

Das «Observatoire EPFL Science, Politique et Société» an der EPF-Lausanne wertet zurzeit die Daten des Eurobarometers zum Thema Wissenschaft und Technik<sup>1</sup> aus, die in der Schweiz Ende 2001 bis Anfang 2002 erhoben wurden. Die ersten Resultate zeigen, dass die Wissenschaft immer noch auf grosses Vertrauen in der Gesellschaft zählen kann: Die Gesamtbilanz – das heisst das Verhältnis zwischen Nutzen und schädlichen Auswirkungen – wird weiterhin positiv eingeschätzt (56 Prozent Nutzen, das entspricht genau dem Anteil aus der Erhebung im Jahr 2000). Der wachsende Anteil der Unentschiedenen deutet aber auf eine Zunahme der Zweifel hin.

Der Kampf gegen Krankheiten (84 Prozent Zustimmung), die Verbesserung des täglichen Lebens (80 Prozent), die Verbreiterung der Möglichkeiten für die zukünftigen Generationen (76 Prozent) und die Interessantheit der Arbeit werden grösstenteils der wissenschaftlichen Tätigkeit zugute gehalten. Allerdings betrachtet eine Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer Wissenschaft und Technik nicht als Allheilmittel: weder gegen Armut und Hunger (63 Prozent Ablehnung), noch um die natürlichen Ressourcen der Erde unerschöpflich zu machen (71 Prozent) oder zur Verbesserung der Umwelt (74 Prozent).

Die Grundlagenforschung erhält von Schweizerinnen und Schweizern weiterhin grosse Unterstützung, wenn sie zur Entwicklung neuer Technologien dient (89 Prozent), aber auch, wenn sie «lediglich das Wissen vergrössert» (76 Prozent, das entspricht dem Anteil aus der Erhebung im Jahr 2000 und den Anteilen in Europa und den USA).

Eine grosse Mehrheit der Bevölkerung der Schweiz betrachtet eine wissenschaftliche Errungenschaft weder als gut noch schlecht an sich, sondern beurteilt sie hinsichtlich ihrer Anwendung (96 Prozent Zustimmung). Allerdings schreibt einer von zwei der Befragten den Wissenschaftlern auch eine Verantwortung bei möglichen schädlichen Folgen ihrer Entdeckungen zu (51 Prozent Zustimmung); noch grösser ist die ihnen zugeschriebene Verantwortung als «Mitglieder der Gesellschaft» (80 Prozent). Der Wunsch nach gesellschaftlicher Kontrolle wissenschaftlicher Tätigkeit ist in der Schweiz weiter verbreitet als in Europa: 89 Prozent unterstützen die Idee (gegenüber 80 Prozent in Europa), dass Behörden die Wissenschaftler förmlich verpflichten sollten, ethische Normen zu respektieren.

In Zusammenhang mit genetisch veränderten Nahrungsmitteln ist die am meisten verbreitete Haltung die Forderung nach Wahlmöglichkeit (98 Prozent) und nach einem vorangehenden wissenschaftlichen Beweis, dass diese Nahrungsmittel harmlos sind (89 Prozent), sowie das Bedürfnis nach Information (87 Prozent).

*Weitere Informationen:*

*Observatoire EPFL Science, Politique et Société, fabienne.crettazvonroten@epfl.ch*

<sup>1</sup> Das Eurobarometer erfasst die in der Schweiz ansässige Bevölkerung von 15 Jahren an aufwärts. 1001 Personen wurden nach Zufallsprinzip in den drei Sprachregionen ausgewählt. Alle Interviews wurden zwischen November 2001 und April 2002 vor Ort bei den Befragten und in der jeweiligen Nationalsprache durchgeführt.

## SMS

### Bachelor/Master an der Universität Basel

Die Universität Basel gehört zu den führenden Schweizer Universitäten bei der Umsetzung der Bologna-Deklaration. Sie führt auf das Wintersemester 2002/2003 in den Naturwissenschaften Bachelor- und Masterstudiengänge ein. Neu steigen Studierende in ein breit angelegtes Bachelorstudium ein und entscheiden sich erst später für eine Vertiefungsrichtung. Mit dem Bachelorabschluss haben sie Zugang zu mehreren Masterprogrammen. Neu in der Schweiz ist der Studiengang «Bachelor of Science» in Physik, Chemie und Biologie, wobei eine Vertiefungsrichtung gewählt werden kann. Die erste in Basel realisierte Vertiefungsrichtung ist die Nanowissenschaft.

Weitere Informationen: [www.zuv.unibas.ch](http://www.zuv.unibas.ch)

### Stammzellenforschung: Rendez-vous für die Eidgenössischen Räte in Luzern

Die Internationale Science & Society-Konferenz wird zum Thema Stammzellen am 30. und 31. Oktober 2002 in Luzern stattfinden. Am ersten Tag haben Mitglieder der Eidgenössischen Räte die Gelegenheit, im geschlossenen Rahmen mit international renommierten Expertinnen und Experten am Thema zu arbeiten. Mit dem «Öffentlichen Streitgespräch» am Abend des ersten Tages wird der Kreis geöffnet für eine öffentliche Debatte über die Stammzellenforschung, die am zweiten Tag ihre Fortsetzung findet. Alle Diskussionen im Plenum werden auf Deutsch, Französisch und Englisch simultan übersetzt.

Weitere Informationen: [peter.kirchschaeger@unilu.ch](mailto:peter.kirchschaeger@unilu.ch)  
Programm: [www.unikk.ch/science-society/index.html](http://www.unikk.ch/science-society/index.html)

### Genf: Eine ergänzende Zusammenarbeit

Am 16. Juli dieses Jahres haben die Universität Genf und das Universitätsinstitut für höhere Internationale Studien (Institut universitaire de hautes études internationales, IUHEI) in Zusammenarbeit mit der Universität Lausanne und dem Internationalen Komitee des Roten Kreuzes (IKRK) mit der Unterzeichnung einer Konvention das Universitäre Zentrum für internationales humanitäres Recht ins Leben gerufen (Centre Universitaire de droit international humanitaire, CUDIH).

### Universität Neuenburg: Wirtschaftlicher Impact

Eine von externen Experten durchgeführte und kürzlich erschienene Studie verdeutlicht die Auswirkungen der Präsenz der Universität auf den Wirtschaftsstandort Neuenburg. Die Studie zeigt, dass die Bedeutung dieser Institution für die Region Neuenburg keineswegs zu vernachlässigen ist. Die wirtschaftlichen Auswirkungen können im Wesentlichen in drei Bereiche eingeteilt werden: Die Universität trägt zur Schaffung und Beibehaltung von Arbeitskräften in der Region bei. Dies stimuliert die Wirtschaft und beeinflusst damit die Einkünfte des Kantons positiv. Schliesslich erzeugt die Universität durch ihre Ausgaben beträchtliche Finanzflüsse.

### Lausanne: Gemeinsames Schicksal ISREC – EPFL

Der Direktor des Schweizerischen Instituts für Experimentelle Krebsforschung und der Präsident der ETH Lausanne (EPFL) haben eine Absichtserklärung für eine gemeinsame Zukunft ihrer beiden Institutionen unterzeichnet: Die Krebsforschung wird somit direkt von den an der EPFL entwickelten Basiswissenschaften und den Ingenieurwissenschaften profitieren.

## ■ Bildung, Forschung und Technologie 2004 – 2007

### 150 Nationalräte für 6,5 Prozent Budgeterhöhung

Während der Junisession 2002 haben 150 Nationalräte eine Motion unterzeichnet, die vom Bundesrat verlangt, die finanziellen Mittel im Rahmen der Botschaft über Bildung, Forschung und Technologie (BFT-Botschaft) für die Jahre 2004 bis 2007 jährlich um 6,5 Prozent zu erhöhen. Es sei daran erinnert, dass gewisse Instanzen (darunter der Schweizerische Wissenschafts- und Technologierat) zusätzliche 10 Prozent forderten, während andere, wie Economiesuisse, angesichts der staatlichen Verschuldung für mehr Zurückhaltung plädierten. Der Bundesrat hat kürzlich eine Erhöhung von 6 Prozent für die betroffene Periode vorgeschlagen. Das Parlament wird sich nach Erscheinen der BFT-Botschaft – voraussichtlich im November 2002 – wieder mit diesem Thema beschäftigen.

## ■ Innovationsstandort Schweiz

### Chancen nicht ungenutzt lassen

Gemäss der Schweizer Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW) geschieht weit über 90 Prozent der Innovation in der Schweiz in kleinen und kleinsten Unternehmen und ist vorwiegend inkrementeller Natur. Wichtige Forschungspartner sind die Fachhochschulen. Ihnen fehlt es aber am Mittelbau (keine Doktoranden) sowie an einer Grundfinanzierung ihrer Forschung und Entwicklung. F&E hat an den Fachhochschulen noch eine weit geringere Priorität als die Lehre. Hier sieht die SATW Handlungsbedarf.

Eine lebensfähige Volkswirtschaft braucht auch bahnbrechende Innovationen. Diese kommen fast nur noch in Start-up-Firmen zum Tragen. Die Initiative KTI-Start-up ([www.ktistartup.ch](http://www.ktistartup.ch)) und die beiden ETH haben in diesem Bereich wichtige und erfolgreiche Förderungsaktivitäten entwickelt. Dämpfend auf die Firmengründungsrate wirkt indessen das vielfach fehlende Risikokapital sowie die schweizerische Kultur des Kein-Fehler-machen-Dürfens.

Als sehr wichtig eingestuft wurde, dass die Schweiz nicht nur am 6. EU-Rahmenprogramm sondern an allen künftigen EU-Forschungsprogrammen als vollwertiges Mitglied teilnehmen und ihren Einfluss geltend machen kann. Dies nicht zuletzt, um einen möglichst grossen Teil der nach Brüssel bezahlten Beträge der Schweizer Forschung wieder zukommen zu lassen.

Weitere Informationen: [www.satw.ch](http://www.satw.ch)

## ■ Kantonale Universitäten

### Mehr Bundesbeiträge gefordert

Die Schweizerische Universitätskonferenz (SUK) fordert vom Bund eine substantielle Erhöhung der Grundbeiträge für die kantonalen Universitäten. Diese sind zwischen 1980 und 2000 pro Erstabschluss real von 44 000 Franken auf 27 000 Franken gesunken. Die Betreuungsverhältnisse haben sich im gleichen Zeitraum insbesondere in den Geistes- und Sozialwissenschaften wesentlich verschlechtert und sind in mehreren Fachgebieten auf ein ausgesprochen besorgniserregendes Niveau gesunken. Der Nachholbedarf ist gross, die Studierendenzahlen steigen weiter, und gewisse zentrale Reformvorhaben sind mit zusätzlichen Kostenfolgen verbunden.

Weitere Informationen: [www.cus.ch](http://www.cus.ch)

## ■ SNF: In die Zukunft investieren

### 1,25 Milliarden mehr für die Forschungsförderung

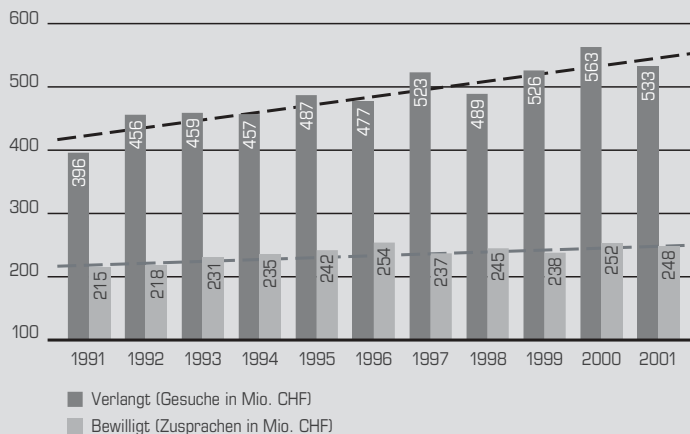
Die Schweizer Grundlagenforschung gehörte lange Zeit weltweit zu den besten, doch ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit nimmt ständig ab. Die Akteure der Wissenschaft und der Universitäten in der Schweiz haben mehrfach Alarm geschlagen. Sie streben ein gemeinsames Ziel an: Die Grundlagenforschung soll in der Botschaft des Bundesrats, die diesen Herbst vorgestellt wird, «Priorität unter den Prioritäten» geniessen.

Der Schweizerische Nationalfonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (SNF) schlägt in seinem «Mehrjahresprogramm 2004–2007» eine Reihe von Massnahmen vor, um der Grundlagenforschung einen neuen Impuls zu geben und ruft Bundesrat und Parlament zu einer Budgeterhöhung auf (plus 80 Prozent in vier Jahren, das heisst von 411 Millionen im Jahr 2003 auf 761 Millionen im Jahr 2007). Der SNF wird so die «freie» Grundlagenforschung (siehe Grafik) besser fördern können. Zusätzliche Impulse sollen ferner die Nachwuchsförderung, praxisorientierte, risikoreiche oder interdisziplinäre Forschungsprojekte sowie die Modernisierung der wissenschaftlichen Infrastruktur erhalten.

In Folge einer Selbstevaluation und Empfehlungen aus einer internationalen Expertise sowie einer Umfrage unter Forschenden in der Schweiz revidiert der SNF auch seine Statuten und seine Organisation, um den Anforderungen der Forschungsförderung besser gerecht zu werden.

Weitere Informationen: [www.snf.ch](http://www.snf.ch), «Mehrjahresprogramm 2004–2007»

### Nachfrage und Angebot in der Projektförderung der Abteilungen I–III



Die Nachfrage nach Forschungsgeldern ist in zehn Jahren um 42 Prozent gestiegen, das Budget der Abteilungen I bis III nur um 17 Prozent. Die Folge ist, dass die Summe von 100 000 Franken pro Jahr, die einem Projekt zugesprochen wird, deutlich zu tief liegt und im internationalen Vergleich nicht Stand hält.

Quelle: SNF, Broschüre «Mehrjahresprogramm 2004–2007»

## ■ Leistungsauftrag des ETH-Bereichs

### Internationale Zwischenevaluation

Eine internationale Expertengruppe hat im Auftrag des Staatssekretariats der Gruppe für Wissenschaft und Forschung den ETH-Bereich (die beiden ETH und vier Forschungsanstalten) evaluiert und einen entsprechenden Bericht abgeliefert. Die Zwischenevaluation sollte Rechenschaft ablegen über die Umsetzung des Leistungsauftrags, mit dem der Bund den ETH-Bereich steuert.

Die Experten erkennen das internationale Niveau der Forschung und der Ausbildung im ETH-Bereich. Um jedoch eine nachhaltige und positive Entwicklung für das Land zu garantieren, sei eine genügende, stabile und dauerhafte Finanzierung sicherzustellen. Der Bericht gibt verschiedene Empfehlungen in bezug auf die Struktur des ETH-Bereichs sowie die Steuerungsprozesse zwischen dem ETH-Rat und den Ausbildungs- und Forschungsanstalten. Einige dieser Schlussfolgerungen könnten im Entwurf zur Teilrevision des ETH-Gesetzes integriert werden, welcher zur Zeit in den Kommissionen und den Eidgenössischen Kammern behandelt wird.

Expertenbericht, *Stellungnahmen der Institutionen des ETH-Bereichs und des Staatssekretariats für Wissenschaft und Forschung*; [www.gwf-gsr.ch](http://www.gwf-gsr.ch)

## ■ Fachhochschulen

### 57 % der Studiengänge positiv evaluiert

Die Qualität der Lehre stellt für die Schulen einen entscheidenden Erfolgsfaktor dar. Die abgeschlossene «Swiss Peer Review 2001» aller 220 Studiengänge an den Fachhochschulen bildet ein Kernstück der Gesamtbeurteilung der Fachhochschulen. Ein wichtiges Ziel dieser zweiten Phase war die Überprüfung der Qualität in der Lehre, der Leistungen in der Forschung sowie in den Dienstleistungen. Von den gesamtschweizerisch 220 durch Peers (nationale und internationale Expertinnen und Experten) nach einem weltweit anerkannten und standardisierten Verfahren evaluierten Studiengängen sind 126 (57 Prozent) der Studiengänge qualitativ ohne Beanstandungen geblieben. Bei 67 (30 Prozent) der Studiengänge sind Mängel vorhanden, die Verbesserungen nötig machen. Bei 27 Studiengängen (12 Prozent) wurden erhebliche Mängel in der Lehre sowie ungenügende Leistungen in der angewandten Forschung und bei den Dienstleistungen festgestellt.

Weitere Informationen: [www.bbt.admin.ch](http://www.bbt.admin.ch)

## Impressum

Netzwerk *Future*  
Thunstrasse 7, 3005 Bern  
Tel. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50  
[info@futureteam.info](mailto:info@futureteam.info) – [www.futureteam.info](http://www.futureteam.info)

© Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt

## Editorial

### Travailler avec peu de moyens: faire le bon choix

Selon la définition qu'en ont donné certains, l'économie a pour but de gérer la rareté ou, du moins, le caractère limité des ressources existantes. En tant que conseiller aux Etats, j'ai pu constater que la politique peut, de manière semblable, être vue comme la science qui consiste à gérer des moyens publics strictement limités.

Comme président de la Commission de la science, de l'éducation et de la culture (CSEC), je me trouve confronté aux besoins établis des écoles professionnelles, des hautes écoles et de la science.

En vue du Message sur l'encouragement de la formation, de la recherche et la technologie de 2004 à 2007, la CSEC s'est activement entretenue avec une délégation des recteurs des universités cantonales sur le sujet brûlant des finances. Les recteurs nous ont alors indiqué où ils avaient l'intention de mettre leurs priorités. L'amélioration de l'enseignement figure au premier plan. Il est clair pour moi, en tant que professeur au niveau de l'école professionnelle, que seul un rapport équilibré entre le nombre d'étudiants et celui des professeurs peut permettre à la relève académique de progresser, et par conséquent aussi à notre science, à notre économie et à notre société. Ce point est prioritaire pour les recteurs.

Je souhaite que, comme élus particulièrement concernés par les questions liées à la formation, nous tirions les bonnes priorités dans ce contexte de moyens financiers limités.

Enfin, il ne nous faut pas non plus oublier que, depuis dix ans, des réformes structurelles sont mises en œuvre dans notre pays. D'autres seront encore entreprises. En revanche, les moyens financiers subissent une stagnation, et cela alors que le nombre d'étudiants augmente. Il est important que nous donnions à la formation et à la recherche tout le poids qui leur revient sur le plan culturel, social et économique. Cela peut être rendu possible par une politique solide et durable dans le domaine des hautes écoles et par un financement assuré. Le Parlement a l'occasion de lancer cette action par l'intermédiaire du Message relatif à l'encouragement de la formation, de la recherche et la technologie pendant les années 2004 à 2007.

*Dr. Peter Bieri, conseiller aux Etats,  
membre Team Future*

## ■ Eurobaromètre

### 80% de la population suisse soutient la formation et la recherche

L'Observatoire EPFL Science, Politique et Société est en train d'analyser les résultats de l'Eurobaromètre réalisé en Suisse entre la fin 2001 et le début 2002 autour des enjeux de la science et de la technique<sup>1</sup>. Les premiers résultats montrent que la science continue à y bénéficier d'un bon capital de confiance: le bilan général de la science – c'est-à-dire la balance entre les bienfaits et les effets nuisibles – reste positif (56% de bienfaits, proportion équivalente à l'enquête de l'Observatoire en 2000). Mais la croissance de la proportion d'indécis indique un accroissement de l'ambivalence.

La lutte contre les maladies (84% d'accord), l'amélioration de la vie quotidienne (80%), l'élargissement des possibilités pour les générations futures (76%) et l'intérêt du travail (65%) sont largement mis au bénéfice de l'activité scientifique. Cependant les Suisses ne croient pas que la science et la technologie puissent constituer des remèdes absolus: contre la pauvreté et la famine (63% de désaccord), pour rendre les ressources naturelles inépuisables (71%), pour améliorer l'environnement (74%).

Les Suisses apportent toujours un fort soutien à la recherche fondamentale si elle est destinée à développer «de nouvelles technologies» (89%) mais aussi si «elle fait uniquement progresser la connaissance» (76%, proportion équivalente à celle de 2000 et à celle que l'on trouve ailleurs en Europe et aux Etats-Unis).

Une large majorité des Suisses considèrent qu'une découverte scientifique n'est ni bonne ni mauvaise en soi, c'est l'usage que l'on en fait qui importe (96% d'accord). Cependant, un Suisse sur deux attribue aux scientifiques une responsabilité dans les conséquences éventuellement néfastes de leurs découvertes (51%); ils sont encore plus nombreux à leur attribuer une responsabilité élargie «en tant que membres de la société» (80%). Le désir de contrôle social de l'activité scientifique est encore plus répandu en Suisse qu'en Europe: 89% (contre 80% Europe) adhèrent à l'idée que les autorités devraient formellement obliger les scientifiques à respecter des normes éthiques.

En matière d'aliments génétiquement modifiés, l'attitude la plus fréquente est une exigence de choix (98%) et d'une preuve scientifique préalable de l'innocuité de ces aliments (89%) et une demande d'information (87%).

*Informations complémentaires:*

*Observatoire EPFL Science, Politique et Société: fabienne.crettazvonrotten@epfl.ch*

<sup>1</sup> L'Eurobaromètre couvre la population des 15 ans et plus résidant en Suisse. 1001 personnes ont été sélectionnées de manière aléatoire dans les trois régions linguistiques. Toutes les interviews ont été réalisées en face à face chez les répondants et dans la langue nationale appropriée, entre novembre 2001 et avril 2002.



## SMS

### Bachelor/Master à l'Université de Bâle

L'Université de Bâle appartient aux universités suisses qui sont à la pointe en ce qui concerne la concrétisation de la déclaration de Bologne. Elle introduira des filières conduisant aux Bachelor et Master dans les sciences naturelles (les mathématiques, la physique, la chimie, les sciences de la terre et les nanosciences) dès le semestre d'hiver 2002/2003. Les étudiants commenceront par des études générales au niveau du Bachelor et pourront ensuite se décider pour une spécialisation. Le Bachelor leur ouvrira les portes de plusieurs programmes de niveau Master. En outre, une nouvelle filière «Bachelor of Sciences» permettra d'obtenir des connaissances de base en physique, chimie et biologie. Une spécialisation sera possible dans un deuxième temps. La première spécialisation mise en place à Bâle porte sur les nanosciences.

Informations complémentaires: [www.zuv.unibas.ch](http://www.zuv.unibas.ch)

### Recherche sur les cellules souches: rendez-vous pour les parlementaires à Lucerne

La Conférence internationale Science et Société des 30 et 31 octobre 2002 à Lucerne sera consacrée aux cellules souches.

Le 30, les parlementaires fédéraux auront l'occasion de travailler sur ce sujet en compagnie d'experts internationaux réputés en cercle fermé et dans un cadre discret. Le soir de ce premier jour aura lieu un débat public ayant pour thème la recherche sur les cellules souches, discussion qui se prolongera le second jour. Toutes les discussions en plénum feront l'objet d'une traduction simultanée en français, en allemand et en anglais.

Informations complémentaires: [peter.kirchschlaeger@unilu.ch](mailto:peter.kirchschlaeger@unilu.ch)  
Le programme complet peut être consulté sur [www.unikk.ch/science-society/index.html](http://www.unikk.ch/science-society/index.html).

### Genève: collaboration supplémentaire

Le 16 juillet dernier, l'Université de Genève et l'Institut universitaire de hautes études internationales (IUHEI) en collaboration avec l'Université de Lausanne et le Comité international de la Croix-Rouge (CICR), ont signé une convention donnant naissance au Centre universitaire de droit international humanitaire (CUDIH).

### Université de Neuchâtel: impact économique

Commandée à un bureau spécialisé, une récente étude a mis en évidence les retombées économiques de la présence de l'université sur le sol neuchâtelois. Il en ressort que l'importance de cette institution pour sa région est loin d'être négligeable. Les principaux effets économiques sont de trois ordres: l'université contribue à la constitution et au maintien d'un capital humain dans la région qui stimule l'activité économique; par conséquent, le revenu cantonal en est affecté très favorablement. Enfin, par ses dépenses, l'université génère des flux financiers importants.

Informations complémentaires: [www.unine.ch](http://www.unine.ch)

### Lausanne: destin commun ISREC-EPFL

Le Directeur de l'Institut Suisse de Recherche sur le Cancer et le Président de l'Ecole polytechnique fédérale de Lausanne ont signé une déclaration d'intention pour un avenir commun de leurs deux institutions: la recherche sur le cancer bénéficiera ainsi directement des sciences de base et des sciences de l'ingénieur développées à l'EPFL.

## ■ Formation, recherche et technologie 2004 - 2007

### 150 conseillers nationaux favorables à 6,5 % d'accroissement des moyens

Durant la session de juin 2002, 150 conseillers nationaux ont signé une motion demandant au Conseil fédéral d'accroître de 6.5 % par an les moyens financiers dans le cadre du Message sur l'encouragement de la formation, de la recherche et de la technologie («Message FRT») pour la période 2004-2007. Rappelons que certaines instances (notamment le Conseil suisse de la science et de la technologie) demandait une augmentation de 10%, alors que d'autres, telle Economiesuisse, plaident pour davantage de réserve au vu de la dette publique. Le Gouvernement vient de proposer une augmentation de 6% pour la période considérée. Et le Parlement reprendra le sujet après la parution du Message FRT 2004-2007, prévue pour novembre 2002.

## ■ Innovation en Suisse

### Des chances à ne pas manquer

Pour l'Académie suisse des sciences techniques (ASST), l'innovation en Suisse est le fait, dans plus de 90% des cas, de petites et très petites entreprises, et elle est le plus souvent de nature incrémentielle. Les hautes écoles spécialisées (HES) représentent des partenaires importants en matière de recherche. Un manque se fait toutefois sentir dans les HES au niveau du corps intermédiaire (pas de doctorants) ainsi qu'en ce qui concerne le financement de base de leurs activités de recherche et développement. Par rapport à l'enseignement, celles-ci devraient jouir d'une plus grande priorité qu'actuellement. L'ASST estime qu'il y a là matière à agir.

Une économie forte a besoin d'innovations de grande portée. Aujourd'hui, celles-ci proviennent presque uniquement des start-up. A cet égard, l'initiative «CTI-Start-up» ([www.ctistartup.ch](http://www.ctistartup.ch)) et les deux EPF ont développé avec succès d'importantes activités d'encouragement. Aujourd'hui, les freins à la création d'entreprise résident dans le manque fréquent de capital-risque et dans le fait que la mentalité helvétique ne reconnaisse pas assez le droit à l'erreur. Il est très important que la Suisse ne participe pas uniquement comme membre à part entière au 6e programme-cadre, mais à tous les futurs programmes de recherche de l'UE. Cela notamment afin que les retombées sur la recherche suisse de la contribution helvétique au financement de la recherche communautaire soient les plus importantes possibles.

Informations complémentaires: [www.asst.ch](http://www.asst.ch)

## ■ Universités cantonales

### Davantage de moyens fédéraux demandés

La CUS demande à la Confédération une augmentation substantielle des subventions de base en faveur des universités cantonales. Entre 1980 et 2000, les subventions de base que la Confédération verse aux universités cantonales ont chuté en chiffres réels de Fr. 44 000.- à Fr. 27 000.- par premier diplôme. Sur la même période, les conditions d'encadrement se sont considérablement détériorées, notamment dans les sciences humaines et sociales pour atteindre dans plusieurs branches d'études un niveau extrêmement préoccupant. Il est d'autant plus urgent de combler ces lacunes que le nombre d'étudiants continue d'augmenter et que des moyens supplémentaires sont nécessaires pour mener à bien certains projets de réforme majeurs.

Informations complémentaires: [www.cus.ch](http://www.cus.ch)

## ■ FNS: investir dans l'avenir

### 1,25 milliard pour mieux soutenir la recherche

Longtemps dans le peloton de tête, la recherche fondamentale suisse perd sa compétitivité sur la scène internationale. Les acteurs de la place scientifique et universitaire suisse ont tiré le signal d'alarme à plusieurs reprises, et partagent un but commun: donner une «priorité parmi les priorités» à la recherche fondamentale dans le nouveau Message qui sera présenté cet automne par le Conseil fédéral.

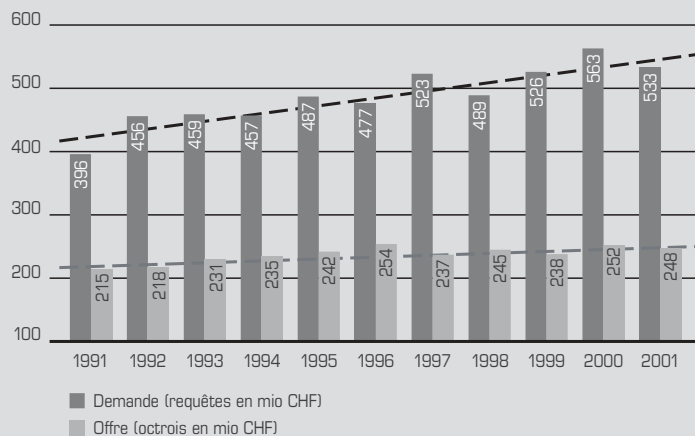
Dans ce contexte, le Fonds national suisse de la recherche scientifique (FNS) propose, dans son «plan d'actions 2004–2007», une série de réformes pour redonner son élan à la recherche fondamentale et appelle le Gouvernement et le Parlement à augmenter fortement son budget (+80% sur quatre ans, soit de 411 millions en 2003 à 761 millions en 2007).

Le FNS pourrait ainsi mieux soutenir la recherche fondamentale «libre» (voir graphique), la relève scientifique, la recherche interdisciplinaire, à risque, orientée vers la pratique, ainsi que la modernisation des équipements scientifiques. Suite à une auto-évaluation et à une expertise internationale assortie de recommandations, ainsi qu'à un sondage auprès des chercheurs, le FNS revoit aussi ses statuts et son organisation pour répondre mieux encore aux exigences de l'encouragement de la recherche.

Informations complémentaires:

[www.snf.ch](http://www.snf.ch), «Programme pluriannuel 2004–2007»

### L'offre et la demande dans l'encouragement par projets des Divisions I à III



La demande de subsides de recherche a crû de 42% en dix ans, le budget des Divisions I à III de 17%. En conséquence, le montant des subsides accordés par projet (100 000 francs par an) est nettement trop bas et n'est plus compétitif au niveau international.

Source: SNF, «Programme pluriannuel 2004–2007»

## ■ Mandat de prestations du domaine des EPF

### Evaluation intermédiaire internationale

Un comité d'expert international a rendu ses conclusions après l'évaluation du domaine des EPF (les deux écoles polytechniques fédérales et les quatre établissements de recherche): ce rapport avait été commandé par le Secrétaire d'Etat à la science et à la recherche. Cette évaluation intermédiaire devait rendre compte de la réalisation du mandat de prestations au moyen duquel la Confédération conduit le domaine des EPF.

Les experts internationaux reconnaissent le niveau international de la recherche et de la formation des établissements du domaine des EPF. Pour assurer un développement à long terme positif pour le pays, ils plaident pour un financement suffisant, stable et durable. Enfin, le rapport indique un certain nombre de recommandations touchant la structure du domaine des EPF ainsi que les processus de gouvernance entre le Conseil des EPF et les établissements de formation et de recherche. Certaines de ses conclusions pourraient être intégrées au projet de révision de la Loi sur les EPF qui est actuellement en discussion dans les commissions et les Chambres fédérales.

Le texte du rapport d'experts, la prise de position du domaine des EPF ainsi que la prise de position du Secrétariat d'Etat sont disponibles sur [www.gwf-gsr.ch](http://www.gwf-gsr.ch).

## ■ Hautes écoles spécialisées

### 57% des établissements évalués positivement

La qualité de l'enseignement dispensé dans les écoles est un facteur de succès décisif. La «Swiss Peer Review 2001» des 220 filières d'études HES constitue donc une pièce-maitresse de l'appréciation globale des HES. La deuxième phase du processus avait pour objectif principal d'évaluer la qualité de l'enseignement, des prestations de recherche ainsi que des services. Sur les 220 filières évaluées par les pairs (des experts nationaux et internationaux) selon une procédure standardisée et reconnue au niveau mondial, 126 (57%) ont passé l'examen sans réserve. Pour 67 filières (30%), des carences ont été relevées qui nécessitent des améliorations, alors que pour 27 filières (12%), on a constaté des déficiences majeures dans l'enseignement ainsi que des prestations insuffisantes dans les domaines de la recherche appliquée et des services.

Informations complémentaires: [www.bbt.admin.ch](http://www.bbt.admin.ch)

## Impressum

Réseau Future  
Thunstrasse 7, 3005 Berne  
Tél. 031 356 53 63, Fax 031 356 53 50  
[info@futureteam.info](mailto:info@futureteam.info) – [www.futureteam.info](http://www.futureteam.info)

© Reprise autorisée avec mention de la source